

SHORT NEWS

Gira asphalt le Sud

(lc) - Alors qu'on aurait pu s'attendre à ce que le nouveau gouvernement, et surtout le ministère de l'écologie qui est aux mains des Verts, s'attaque enfin aux problèmes de pollution qui concernent la région Sud du pays, il n'en est rien. Tandis que les taux de dioxine sortant des hauts-fourneaux dépassent de loin les normes et que des milliers d'habitants ne peuvent toujours pas consommer les fruits et légumes de leurs jardins, le secrétaire d'Etat au développement durable et aux infrastructures, Camille Gira, vient de signer une autorisation de bâtir pour une fabrique d'asphalte dans la zone industrielle « Um Monkeler ». Certes, la dimension de l'obligation légale, le « forçant » à signer, vu qu'aucun argument légal ne s'y opposait, doit être prise en compte. Mais ne pas prendre en compte les avis négatifs des trois communes touchées (Esch, Schifflange et Mondercange) et ignorer les pétitions - qui ne seront discutées en commission que le 27 février, donc à jeter à la poubelle - n'est pas ce qu'on attendait du « renouveau démocratique » promis par le gouvernement Bettel. En tout cas, la possibilité d'un recours existe et Gira aura passé sûrement un mauvais quart d'heure jeudi soir lors de la réunion d'information, où il devra expliquer pourquoi il a choisi de mettre les citoyens devant le fait accompli.

Modernisierung ade!

(avt) - In der allgemein depressiven Stimmung auf dem CSV-Parteitag stellte sich kurz Bierzeltatmosphäre ein, als nämlich der scheidende Parteipräsident Michel Wolter sein Instrument, das mit viel heißer Luft funktioniert, auspackte und mit Tränen in den Augen begann, Akkordeon zu spielen. Viele der dort Anwesenden der rund 10.000-Mitglieder zählenden CSV im gut gefüllten Saal auf dem Limpertsberg schunkelten leicht mit. Volksmusik als Balsam für die Seele der braven Luxemburger CSV-Wähler? Er hätte vielleicht öfter mal die Klappe halten sollen, räumte Wolter ungewohnt selbstkritisch anlässlich seines offiziellen Abgangs ein. Ja, hätte Wolter doch in seiner Amtszeit öfter mal den Mund gehalten und stattdessen Musik gespielt! Das hätte der CSV so manche Panne erspart. Ansonsten bot der CSV-Parteitag wenig Überraschungen. Neben einem angeschlagenen Juncker mit Schlagseite, dem von allen Seiten eifrig versichert wurde, man drücke ihm die Daumen für die EU-Kandidatenkür am 7. März in Dublin und stehe voll hinter ihm, blieb das Einläuten der von der jungen Generation viel beschworenen Modernisierung jedenfalls aus. Deutlichster Beweis dafür ist wohl die Wahl des Generalsekretärs. Dass eine Frau auf dem Generalsekretärposten des konservativen Männervereins nicht gewollt ist, überraschte freilich niemanden. Doch dass Serge Wilmes seinem Kontrahenten Laurent Zeimet so deutlich unterlegen ist (38,5% gegenüber 61,4% im zweiten Wahlgang), spricht Bände. Wilmes gehört - ob nun aus Karrierebewusstsein oder wirklicher Überzeugung - ähnlich wie Julie Wieclawski zu der jungen Garde der Partei, die sich auf einer forum-Table-Ronde unmittelbar nach den Wahlen dezidiert für eine Reform der Parteistrukturen, eine Abnabelung von der Vaterfigur Juncker und mehr Streitkultur ausgesprochen hatten - ähnlich wie im Übrigen der neue CSJ-Präsident Charel Hurt anlässlich eines RTL-Interviews unmittelbar vor dem Parteitag. Diese kritischen Töne innerhalb der CSV wurden auf dem Parteitag unterdrückt. Stattdessen scheint man ähnlich wie einst Ende der 1950er Jahre im Nachkriegs-Deutschland mit Adenauer noch immer auf „eiser aller Jean-Claude“ zu setzen (O-Ton Viviane Reding in ihrem flammenden EU-Plädoyer). Keine Experimente! lautet die Devise, indes man darauf pocht, man sei eine Werte-Partei. Es hätte keiner offiziellen Presseerklärung von Alex Bodry bedurft, damit jedem klar wird, dass die CSV mit Marc Spautz als Wolter-Nachfolger auf Kontinuität setzt und die Chance zur Erneuerung verpasst hat. Dieser war denn auch sichtlich darum bemüht, den altbewährten Werte-Diskurs fortzuführen. In einem Interview mit der Revue versicherte Spautz, die Modernisierung, die nun eingeleitet worden sei, würde fortgesetzt. Nur, welche Modernisierung?

AKTUELL

ASYL

Weniger Anträge, mehr Anerkennungen

Richard Graf

Die Zahl der Personen die in Luxemburg Antrag auf internationalen Schutz stellen, ist erstmals seit Jahren rückläufig.

Eigentlich hatte der für Immigrationsfragen zuständige Minister Jean Asselborn die Flüchtlingsstatistik der „Direction de l'immigration“ an deren neuem Sitz in der Route d'Arlon vorstellen wollen. Doch ließ der vollgepackte Terminkalender des zwischen New York, Brüssel, Kirchberg und Anne Will hin-und-herjettenden Außenministers nicht genug Zeit, um den für Donnerstag anberaumten „point presse“ einige hundert Meter entfernt von seinem Amtsbüro einzuberufen.

In knapp einer halben Stunde präsentierte Asselborn ein detailliertes Papier, das die Entwicklung der Asyl- und Schutzanträge für 2013 wiedergibt und auch die Tätigkeiten der mit sonstigen Zuwanderungsfragen befassten Behörde beschreibt. Während 2011 und 2012 die Zahl der AntragstellerInnen auf über zweitausend gestiegen war, betrug sie im vergangenen Jahr „nur“ mehr 1.071. Das sind immer noch doppelt so viele wie 2008, als 463 Anträge gestellt worden waren.

129 Personen wurde 2013 das Flüchtlingsstatut zuerkannt. 2012 hatte es nur 56 Anerkennungen gegeben, obwohl damals viel mehr Flüchtlinge in Luxemburg ankamen. Die erhöhte Anerkennungsquote weist aber nicht auf eine Lockerung der restriktiven Anerkennungspraxis hin. 2013 wurden vor allem viele „Alt“-Fälle aus den beiden Vorjahren, in denen die Anträge hochgeschneit waren, abgearbeitet.

Die Dienststelle für Migrationsangelegenheiten, die 2004 nur 46 MitarbeiterInnen umfasste verfügt heute, zehn Jahre später, über einen Personalbestand von 130 Beschäftigten, was den oben genannten Umzug notwendig machte.

Auch wenn das Jahr 2013 einen generellen Rücklauf der Flüchtlingszahlen aufweist, so verharren diese doch auf einem - auch im internationalen Vergleich - hohen Niveau. Vor allem in den Monaten vor dem Winteranfang schnellen die Zahlen in die Höhe.

Die Region, aus der die meisten Flüchtlinge kommen, ist weiterhin der Balkan, auch wenn dessen Anteil von früher über 80 Prozent auf etwa die Hälfte zurückgegangen ist. Da Albanien

gute Aussichten hat, als EU-Mitglieds-kandidat anerkannt zu werden, und Kosovo als „pays sûr“ eingestuft werden soll, dürften die Flüchtlingszahlen hier weiter fallen, so der Außenminister. Ein Phänomen, das so ähnlich auch bei Serbien beobachtet werden konnte. 2011 kamen noch 43 Prozent der Flüchtlinge aus diesem Land, 2013 waren es nur mehr 5,51 Prozent.

28 syrische Flüchtlinge statt 60

Asselborn äußerte sich auch zum Thema Syrien: Das Versprechen der letzten Regierung, 60 Flüchtlinge in Luxemburg aufzunehmen, wird vorläufig nur zur Hälfte erfüllt. Im April werden fünf syrische Familien - alle sunnitische Moslems - die zurzeit noch in jordanischen Lagern leben, in der Weilerbach untergebracht. Damit werden es insgesamt nur 28 Personen sein, die nach Luxemburg kommen. Zuvor hatten die Luxemburger Behörden vor Ort mit doppelt so vielen FlüchtlingskandidatInnen, die ihnen vom UNHCR vorgeschlagen worden waren, sprechen können. Dass nur etwa jede zweite Familie überhaupt einwilligte, nach Luxemburg zu kommen, habe, so Asselborn, mit der starken kulturellen Verwurzelung der Betroffenen in der Region zu tun. Nachdem ihnen deutlich gemacht worden war, dass es ohne eine „gewisse Anpassung“ nicht möglich sei, in Luxemburg Fuß zu fassen, seien viele abgesprungen.

Ob noch einer zweiten Gruppe die Einwanderung nach Luxemburg angeboten werden soll, macht Asselborn von den Erfahrungen, die man mit der ersten machen wird, abhängig. Denn auch deren Angehörige hätten zu erkennen gegeben, dass sie in ihre Heimat zurückwollen, wenn die einmal befriedet ist. Deshalb soll der Schwerpunkt auf die Verbesserung der humanitären Lage in der Region.

In diesen Tagen, so Asselborn, entscheidet sich in New York, ob ein von Luxemburg im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen initiierte Resolution zustande kommt, die einen international geschützten Zugang für humanitäre Hilfsmaßnahmen in den betroffenen Gebieten ermöglichen würde. Allein in den belagerten Städten sei derzeit infolge von Unterversorgung mit Wasser und wichtigen Lebensmitteln das Leben von etwa 242.000 Menschen unmittelbar gefährdet.